

**Annoncen-  
Anstalt-Direktor.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilschstr. 17)  
bei G. H. Mierk & Co.  
Breitestr. 14,  
in Gnesen bei H. Spindler,  
in Grätz bei J. Streisand,  
in Meseritz bei H. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

**Anstalt-Direktor.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei G. L. Danne & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Kudolph Alffs.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Invalidendank“.

Nr. 122.

Freitag, 17. Februar.

1882.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Amtliches.

**Breslau, 16. Februar.** Der König hat dem Direktor der Provin-  
zial-Taubstummenschule zu Posen, Matuszewski, den Kronen-  
Orden vierter Klasse verliehen.

Der König hat den bisherigen Oberlehrer und katholischen  
Religionslehrer an der Realschule in Reiffe, Dr. theol. Arthur König  
zum ordentlichen Professor in der katholisch-theologischen Fakultät der  
Universität in Breslau ernannt.

## Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung.

**Breslau, 16. Februar.** 11 Uhr. Am Ministertische: v. Puttkamer,  
Bitter, Lucius und Kommissarien.

Eingegangen ist eine Denkschrift betr. die Beschaffung eines Dienst-  
gebäudes für die Regierung in Breslau.

Ohne Debatte wird in zweiter Beratung erledigt der Rest des  
Gloss der Forsten, die Rente des Kronforstkommissions (durch das  
Gesetz vom 17. Januar 1820 ist auf die Einkünfte der Domänen und  
Forst angewiesen eine Rente von 2,500,000 Thaler einschließlich  
548,240 Thaler Gold = 7,719,296 Mark), der Zuschuß zu dieser Rente  
im Betrage von 4,500,000 Mark, die Zentralverwaltung der Domänen  
und Forsten und der Erlös aus Ablösungen und Verkäufen  
(3,000,000 Mark).

Es folgt der Etat der landwirthschaftlichen Ver-  
waltung.

Auf eine Anfrage v. Suene erklärt Minister Lucius, daß die  
Denkschrift betr. die Ausübung des Nothstandesgesetzes in Schlesien  
dem Hause demnächst zugehen werde.

Abg. v. Ludwig konstatiert die schwache Befestigung der linken  
Seite des Hauses, wie immer bei Verhandlungen über landwirthschaft-  
liche Dinge, speziell die Abwesenheit Dirichlet's (der etwas später ein-  
tritt) und stimmt der in seinem bekannten Bericht ausgesprochenen  
Auffassung des Ministers darin bei, daß sich zur Zeit die Wirkung der  
neuen Zollgesetzgebung auf die Landwirthschaft noch nicht beurtheilen  
lasse. Von Wichtigkeit sei die Feststellung einer genauen landwirth-  
schaftlichen Statistik, namentlich über die Ertragsfähigkeit des Bodens,  
die unzweifelhaft kräftig genug sei, um dem eigenen Bedürfnis zu ge-  
nügen. Leider sei auch die Berufsstatistik nur in unvollkommener  
Gestalt beschaffen, denn durch den Widerspruch der Liberalen, welche  
der Landwirthschaft kein Interesse zuzurechnen, sei die Viehzählung nicht  
in das Gesetz aufgenommen worden. Endlich müsse bei der zunehmenden  
Verschuldung des Grundbesitzes die Regierung mit den beschlossenen  
Landeskulturrentenanlagen in den nothwendigen Dispositionen vorgehen.

Abg. Franz protestirt dagegen, daß die Ausschließung der Vieh-  
zählung von der Aufnahme der Berufsstatistik einen Mangel an Wohl-  
wollen gegen die Landwirthschaft beweise, da doch Landwirthe von  
Beruf im Reichstage für diese Trennung gestimmt haben.

Minister Lucius charakterisirt seinen Bericht nicht als eine per-  
sönliche, sondern als eine Gesamtleistung des Ministeriums auf  
Grund der Berichte der Provinzialregierungen, der Zentralvereine und  
Generalkommissionen. Der landwirthschaftlichen Statistik, welche über-  
eins in Preußen kritischer ist als in anderen Ländern, wird alle Sorg-  
falt gewidmet werden, doch ist es schwierig, ein richtiges, mehr als  
schätzungsweise entworfenen Bild der Ernteeergebnisse zu erhalten. Ge-  
genwärtig deckt unsere Landwirthschaft allerdings den Kornbedarf des  
Landes, aber nicht bei steigendem Wachstum der Bevölkerung, welche  
auch auf die Verschuldung des Grundbesitzes von Einfluß ist. Eine  
Statistik derselben ist ohne einen neuen tiefen Eingriff in die Privat-  
verhältnisse nicht möglich. Dagegen hat der Finanzminister eine für  
diese Frage werthvolle Aufnahme sämtlicher Grundstücksvaluationen  
angeordnet. Von der Fakultät der Einführung von landwirthschaft-  
lichen Kulturrentenanlagen haben bisher nur Schleswig-Holstein und  
Schlesien Gebrauch gemacht. An Anregungen hat es die Regierung  
nicht fehlen lassen. Das Weitere muß aber der Selbstthätigkeit über-  
lassen werden.

Abg. Quadt: Was die Produktion und der Export von Rüben-  
zucker, Spiritus und Bier dem Lande an Rohprodukten entzieht, kommt  
doch der Landwirthschaft zu Gute. Der Grundbesitz mit geringer  
Schuldenlast hat überhaupt keine Ursache, zu klagen. Die Verdop-  
pelung der Grundsteuer war nur für diejenigen drückend, welche vor  
ihrer Einführung ein Grundstück besaßen. Landeskulturrentenanlagen  
werden die schon verschuldeten Grundstücke nur noch mehr verschulden,  
daher sich auch Oppression ablehnend gegen sie verhalten hat. Auf-  
fallenderweise ist in dem Rentenbankgesetz der Drainage nur beiläufig  
Erwähnung geschehen, die bei der jetzigen Verschuldung nur dann an-  
gezeigt ist, wenn der Grund und Boden dadurch einen höheren Werth  
gewinnt, als die auf ihm ruhende Rente beträgt.

Abg. Schmidt (Stettin): Der Grundbesitz ist im vorigen Jahre  
in seiner Schuldenlast dadurch erleichtert worden, daß die Landschaften  
bei der Konvertirung den Besitzern, die auf sie eingingen, den neunten  
Theil ihrer Schuld erließen. Eine landwirthschaftliche Statistik ist  
schon deshalb schwierig, weil die Besitzer in den Vereinen ihre Ernte-  
ergebnisse zu niedrig anzugeben pflegen, damit die Kornpreise steigen.

Abg. v. Ludwig: Von der Konvertirung der Pfandbriefe haben  
nur die Besitzer Nutzen, welche eine fünfprozentige Schuld aufgenommen  
haben, nicht aber eine vierprozentige.

Abg. Hellwig: Mit 1 Prozent Rente bei einem Kapitalwerth  
von 20,000 Thlr. kann der Besitzer nicht zufrieden sein. Der kleine  
Grundbesitz ist mit Schulden überlastet und kann sie nur unter Entbe-  
hrungen abtragen. Ohne die neue Zollgesetzgebung aber würde er total  
ruinirt worden sein.

Abg. Dirichlet: Der Abg. v. Ludwig hat seiner Gewohnheit  
gemäß über das Haus Jenzur geklagt. Ich bin kurze Zeit darauf  
im Hause erschienen und erlaube mir, mich bei dem Herrn dienstlich zu mel-  
den. Er tritt so warm für die Kulturrentenanlage ein. Gerade er aber  
und die rechte Seite hat die Antelordnung der Rente zum Scheitern  
gebracht, ohne welche die Kulturrentenanlagen in solchen Provinzen,  
in welchen landwirthschaftliche Grundstücke bestehen, selten von Wirkung  
sein können. In landwirthschaftlichen Vereinen mögen hin und wieder  
falsche Angaben über Ernteeergebnisse gemacht werden. Im Allgemeinen  
aber sind sie bemüht, wahrheitsgemäße Resultate zu ermitteln. Wenn  
ein Kapital von 20,000 Thlr. nur 1 Proz. abwirft, so liegt dies daran,  
daß der Käufer den Werth des Grundstücks zu hoch geschätzt hat. Soll

der Staat für seinen Irrthum aufkommen? Die Landwirthschaft ist  
keineswegs zurückgegangen, dies lehrt das allmähliche Steigen der Ge-  
treidepreise.

Abg. v. Minnigerode: Der Zuckerrübenbau ist für den  
Getreidebau keineswegs schädlich. Durch gute Düngemittel wird dem  
Boden die Kraft wiedergegeben, welche ihm der Rübenbau entzog, und  
es wird eine gute Getreide-Ernte erzielt, wie es eine 20- bis 30jährige  
Erfahrung in Saasen bestätigt. Wenn der unverschuldete Grundbesitz  
sich bis jetzt noch nicht zu beklagen hat, so liegt dies daran, daß er  
noch vom alten Fette zehrt. Der verschuldete Grundbesitz aber muß  
um so mehr zurückgehen, je mehr sich die Steuern in Folge des Zu-  
schlagsystems und die Armenlasten steigern. Allerdings sind die  
Getreidepreise gestiegen, in höherem Maße aber die Produktionskosten.  
Dem Grundbesitz wird durch die Konvertirung keineswegs ein Neuntel  
geschenkt, wenn er statt der früheren 5 Proz. wieder 4 Proz. erhält,  
es werden dadurch nur die normalen Verhältnisse wiederhergestellt.

Abg. Dirichlet: Der Abg. v. Minnigerode hat mit seinen  
Feinden das Seine dazu gethan, um diese Steigerung der Produk-  
tionskosten zu befördern, nachdem dieselben früher schon in Folge des  
schwindelhaften Aufschwunges der Industrie und der Milliarden in die  
Höhe gegangen waren. Den Verlust der Milliarden haben Sie (rechts)  
durch die Schutzölle zu ersetzen gesucht und die Landwirthschaft ab-  
solut koturrenzunfähig gemacht. (Widerspruch rechts.) Die zahlreichen  
Auswanderungen sind dafür ein bedenkliches Symptom. Es ist richtig,  
daß in Ostpreußen die billigen Landeskulturskapitalien auch dem kleinen  
Grundbesitz zu gute kommen. Dies kommt daher, daß der große  
Grundbesitz nicht von ständischen, sondern von freisinnigen liberalen  
Ideen getragen ist.

Abg. v. Schorlemer: Die Argumentation des Abg. Quadt  
schien darauf hinauszuweisen, die Grundsteuer sei überhaupt keine  
Steuer, sondern eine den Grundbesitz belastende Rente. Aber wie  
wollen Sie es dann rechtfertigen, daß die Kommunalsteuern auf Grund  
der Gebäudesteuern vertheilt werden? Es giebt nichts Ungerechteres,  
als an eine Mindereinnahme eine neue Steuer zu knüpfen. Die Land-  
wirthschaftliche Technik wird gewöhnlich mit der Lage der Landwirth-  
schaft verwechselt. Aber nicht immer gereicht die höhere technische Ent-  
wicklung der Landwirthschaft zum Nutzen. Die sogenannten Muster-  
güter verfallen fast immer dem Konkurse und der Substantiation.

Abg. v. Minnigerode: Unsere Unterstützung der Industrie  
durch Schutzölle war auch für die Landwirthschaft von Vortheil,  
denn wir verschafften uns dadurch gute Abnehmer unserer Waaren,  
namentlich im Westen. Die Steigerung der Produktionskosten ist in  
die Gründerjahre zu verlegen und nicht den jetzigen Schutzöllen zuzu-  
schreiben.

Abg. Dirichlet: Durch den Schutzölle haben Sie den Schwindel  
der Milliarden wieder lebensfähig gemacht und das Vischen von Pro-  
vinzialzentren, das wir hatten, ruinirt und die Kaufkraft geschwächt.  
Wenn Sie der Landwirthschaft neue Absatzplätze erschließen wollten,  
hätten Sie uns einen billigeren Eisenbahntarif geben und nicht die  
Seefrächte und Mühlenetablissemens ruiniren sollen.

Abg. Bork bringt die beklagenswerthe Lage der Hilfsarbeiter bei  
den Auseinanderlegungsbehörden zur Sprache, die ihre Remunerationen  
erst nach Vollendung ihrer oft monatelangen Arbeiten erhalten, bis da-  
hin also die Mittel für ihren Lebensunterhalt anderweitig beschaffen  
und sogar Schulden machen müssen. Sie sollten Abschlagszahlungen  
erhalten oder etatsmäßig angestellt werden.

Abg. v. Bandemer: Auch der Mangel, daß der häufige  
Wechsel der Spezial-Kommissionen die Arbeiten stört und verzögert,  
verlangt Abhilfe.

Minister Lucius: Dieser Wechsel wird veranlaßt durch den  
Mangel an geeigneten Kräften und vor zwei bis drei Jahren wird er  
sich kaum beseitigen lassen. Die Anzahl der etatsmäßig besoldeten  
Hilfsarbeiter kann leider nicht vermehrt werden.

Kommissar Geh. Rath Sternberg: Die Vermessungsbeamten  
erhalten Vorläufe und Abschlagszahlungen, aber nur in der Höhe als  
sie bis zum Jahreschluss durch weitere Liquidation gedeckt werden.

Abg. Dr. Weber bittet um Rücksichtnahme auf das Alter und  
die Invalidität der Protokollführer. Die Regierung möge auf Grund  
der Beschlüsse des Hauses vom Jahre 1874 und 78 ein Pauschquantum  
im Etat aufstellen, um die Arbeitsunfähigen im Endenwege zu  
unterstützen. Der Herr Kommissar kann aber diese Unterstützung  
nicht zugeben, da es bedenklich ist Privatbeamten aus Staatsmitteln zu  
subventioniren.

Abg. Dr. Weber: Die Protokollführer verrichten staatliche  
Funktionen und werden als Staatsdiener vereidigt, sind also nicht  
Privatbeamten.

Bei Kap. 102 bedauert Abg. Sombart, daß für den Besuch  
der landwirthschaftlichen Anstalten schon das Einfahrtsgeld zu be-  
rechtigt. Wünschenswerth ist es, daß wenigstens die Repräsentanten auf  
Domänenpachtungen die Qualifikation für Prima besitzen. Die  
Geodäsie und Bodenkunde wird noch immer als Nebenfach zum Schaden  
der Ausbildung behandelt und auch die Bibliotheken genügen nicht den  
berechtigten Anforderungen.

Minister Lucius: Höhere Anforderungen an die Qualifikation  
für die landwirthschaftliche Schule zu stellen, ist erst später einmal  
möglich, da vorläufig der Besuch nicht stark ist und unter Erschwerung  
der Berechtigung noch mehr zurückgehen würde. Ein besonderer Ver-  
treter der kulturtechnischen Fächer ist nöthig.

Bei Kap. 105, Förderung der Fischerei, weist Abg. von  
Enckevort auf das unter den Fischern herrschende Elend hin, an  
welchem auch der Staat schuld sei. Durch die im Joff bei der Kaiser-  
fahrt ausgelegten Netze ist die Fischeinfahrt abgesperrt, für die  
hohe Summe von 18,000 Mark verpachtet und dadurch seitens der  
Regierung die Fischerei geschädigt.

Minister Lucius: Dieser Uebelstand hat bereits die Aufmerk-  
samkeit der Regierung auf sich gezogen. Die betreffende Anordnung  
ist von der Strombauverwaltung getroffen und die bisherige Einriht  
das geeignete Terrain für die Vaggerschleppanlage gewesen. Von  
Seiten des Fiskus werden keine Ansprüche an die Fischer gestellt.  
Schon seit Erlaß des Fischereigesetzes laufen fortwährend Klagen ein  
über den Rückgang des Fischreichthums im Osten, aber es kann der  
Erfolg der getroffenen Maßregeln erst nach Jahren in die Erscheinung  
treten. Die Regierung hat Direktive dahin gegeben, der Fischerei  
jegliche Erleichterung und Unterstützung zu gewähren.

Abg. v. Minnigerode: Das sehr dürftige Gehalt und die  
unzureichenden Dienstaufwandsentschädigungen der Fischmeister ent-  
spricht keineswegs der wichtigen und oft gefährlichen Stellung derselben,  
um so weniger, als sie jetzt Staatsbeamte geworden sind.

Minister Lucius: Der Ressortchef interessiert sich naturgemäß  
für die Lage aller seiner Beamten, aber eine durchschlagende Ver-  
besserung ihrer Lage ist mit Schwierigkeiten verknüpft. Die Organi-  
sation des Dienstes ist noch keine abgeschlossene, daher auch die augen-  
blickliche Lage der Fischmeister eine provisorische.

Abg. Schmidt: Man zeigt sich der Revision des Fischereigesetzes  
abgeneigt, weil die betreffenden Konventionen mit den anderen Staa-  
ten dadurch modifizirt werden. Trotz der Konvention mit Holland  
verschwindet der Lachs durch die dortige irrationelle Betreibung des  
Fischfangs mehr und mehr aus dem Rhein. Auf dem Haff ist zur  
Durchführung und Erleichterung der getroffenen Maßnahmen ein  
Dampfer durchaus nothwendig. Die Unterführung seitens der Marine  
ist eine anerkennenswerthe und der Wunsch, daß die nöthigen Aus-  
gaben für Hebung der Fischerei bewilligt würden, ein allgemeiner.

Abg. Brinckmann bittet um Nachsicht gegen die Noth der  
Krebsfischer, die durch die Krebspest so sehr heimge sucht sind.

Bei den Eisprengungs- und Deichvertheidigungskosten bei Hoch-  
wassergefahren weist Abg. v. Minnigerode auf die bedrohlichen  
Verhältnisse an der Weichsel- undogatmündung hin. Von den zwei  
Projekten für die Regulirung der beiden Flüsse hat sich das erste als  
unausführbar erwiesen, wenn nicht die Schiffahrt der Willa gefährdet  
werden soll. Hoffentlich wird die Regierung bald in anderer Form  
der drohenden Gefahr begegnen und zunächst Eisbrecher aufstellen lassen.  
Ein Deichbruch würde 15-20 Quadratmeilen des besten Bodens, auf  
dem die Zuckerfabrikation in erfreulichem Aufschwung begriffen ist,  
verwüsten.

Minister Lucius: Nachdem das erste Projekt sich als unaus-  
führbar erwiesen, ist bereits ein anderes dem Minister der öffentlichen  
Arbeiten überwiesen. Der Versuch, die Wassermassen durch Eisbrecher  
zu vertheilen, hat sich als erfolglos erwiesen, da die Eismassen bei  
Hochwasser fortgerissen werden. Zur Beruhigung der bedrohten Land-  
striche wird aber die Mitteltheilung dienen, daß die Eisprengungen sich  
bewährt, sowie auch der Dampfer, der zum Eisbrechen gebaut worden.  
Ein zweiter mit stärkerer Maschine ist jetzt im Bau begriffen.

Die Summe von 262,358 M. für Vorarbeiten- und Verwaltungs-  
kosten in Landesmeliorations- und Deichbau-Angelegenheiten findet  
von v. Schorlemer-Akt viel zu gering. Sind auch nach Inkraft-  
treten des Dotationsgesetzes die Meliorationen zum Theil auf die Pro-  
vinzen übertragen, so verbleibt doch der Initiative des Staates noch  
Arbeit genug.

Minister Lucius: Im Laufe der letzten Jahre sind Ermittlung-  
gen über den Zustand der kleineren Flußläufe angestellt und dieselben  
sind in vollständiger Verwilderung befunden worden. Anstatt produ-  
ktiv zu sein, haben sie Schaden angerichtet; es ist daher schon für  
den nächsten Etat eine stärkere Dotirung dieses Titels in Aussicht ge-  
nommen.

Bei Kap. 107 Titel 1: Dispositionsfonds zur Unterhaltung der  
landwirthschaftlichen Vereine wünscht Abg. Richter es angezeigt, ob  
der Minister Lucius über die landwirthschaftlichen Vereine die gleiche  
Anschauung habe, die im Mai v. J. kurz vor den Wahlen von der  
„Nordd. Allg. Ztg.“ ausgesprochen worden. Die Konservativen wurden  
von der Zeitung aufgefordert, sich der landwirthschaftlichen Vereine  
als politischer Handhaben zu bedienen, und dem entsprechend sind auch  
von Berlin an die landwirthschaftlichen Vereine Aufforderungen ergan-  
gen, konservative Politik zu treiben. Es muß verboten werden, daß in  
diesen Vereinen Politik getrieben wird, um so mehr, da sie Subventio-  
nen aus Staatsmitteln erhalten.

Minister Lucius: Am besten ist es, wenn dieses Gebiet den  
politischen Differenzen ganz fern gehalten, als neutraler Boden an-  
gesehen wird, aber nicht von einer Partei allein, sondern von allen  
Parteien.

Abg. Hellwig erklärt, daß er es sich von Niemand, auch vom  
Minister nicht, verbieten lassen werde, in den landwirthschaftlichen Ver-  
einen von Politik zu reden.

Abg. Kantak: Es werden die polnischen landwirthschaftlichen  
Vereine polizeilich bewacht, obwohl in denselben keine Politik getrie-  
ben wird.

Abg. Dirichlet: Wenn Herr Hellwig sich vom Minister nicht  
das Recht will rauben lassen, in landwirthschaftlichen Vereinen von  
Politik zu sprechen, so wird er es sich wohl vom Staatsanwalt müssen  
rauben lassen. (Ob! rechts.) Ja wohl, die landwirthschaftlichen  
Vereine werden nicht polizeilich überwacht, aber durch solche Neben-  
werden Staatsanwalt und Polizei darauf hingewiesen.

Abg. v. Ludwig: Politische Agitation wäre allerdings der Tod  
dieser Vereine, aber es muß ihnen doch gestattet sein, zu den Fragen  
der Wirtschaftspolitik Stellung zu nehmen.

Abg. Rauchhaupt: Landwirthschaftliche Vereine sind freilich  
zu Verhandlungen in der Politik zur „Erz“ nicht geschaffen, aber  
große sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen müssen und dürfen  
in ihnen erörtert werden. Es mag im Interesse gewisser Parteien  
liegen, daß diese Fragen in jenen Vereinen besprochen werden, wir  
werden uns aber das Recht hierzu nicht nehmen lassen. Viele Mandat-  
träger, die Mitglieder solcher Vereine sind, werden durch derartige  
Beratungen eines Besseren belehrt.

Abg. Kantak protestirt nochmals gegen den Vorwurf politischer  
Agitation in polnischen landwirthschaftlichen Vereinen.

Abg. Richter: Die Sache hat eine formelle und materielle  
Seite. Die formelle liegt im Vereinsgesetz, welches zunächst die An-  
meldung von politischen Versammlungen vorschreibt. Versammlungen  
landwirthschaftlicher Vereine werden aber nicht angemeldet, dürfen also  
nicht über politische Angelegenheiten diskutieren, mögen diese hochpolitisch  
oder sozialpolitisch sein. Die Staatsanwaltschaft verfolgt freilich  
heute nur, was ihr paßt. (Ob! rechts.) Ja wohl, die Staatsan-  
waltschaft dient dem herrschenden System. Die weitere Bestimmung des  
Vereinsgesetzes, daß Vereine mit einander nicht in Verbindung treten  
dürfen, steht im Widerspruch mit der Organisation der landwirthschaft-  
lichen Vereine, sie stehen mit einander in Verbindung, haben Zentral-  
ausschüsse, haben Schriftwechsel. Entweder wir heben diese Beschrän-  
kungen überhaupt auf oder die landwirthschaftlichen Vereine dürfen  
keine Politik treiben. Entweder man muß bloß ein technischer Verein  
sein, oder man muß sich dem Vereinsgesetz unterstellen. Diese Vereine  
werden aber auch von Staats wegen unterstützt. Die Subventionen  
werden unter der Voraussetzung gegeben, daß sie sich mit technisch-  
landwirthschaftlichen Fragen beschäftigen, wenn man dort aber Politik  
treiben will, muß man vor Allen auf die Staatsunterstützung ver-  
zichten. Es scheint den Herren von der anderen Seite nicht zu passen,  
daß der Minister die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ desavouirt  
hat, welche diese Vereine zu konservativen Agitationen aufgefordert.



hatte. Eine andere Frage ist die, ob die untergebenen Beamten der Regierung die landwirtschaftlichen Vereine zu Wahlagitationen benutzen. So hat der Landrath des Kreises Hieslohn in einer landwirtschaftlichen Versammlung eine Wahlrede gegen die Fortschrittspartei gehalten. Was nun die Frage an und für sich, losgelöst von der formellen Seite, betrifft, so darf ich sagen, daß die landwirtschaftlichen Vereine erst angefangen haben Politik zu treiben seit der Zeit, wo man sich einbildet, daß man von Staatswegen glücklich gemacht wird. In dem Maße, wie dieser Wahn um sich greift, in dem Maße hören die landwirtschaftlichen Vereine auf, sich gegenseitig zu belehren, und beschäftigen sich mit Petitionen. Die Manchesterrichtungen haben gerade in landwirtschaftlichen Kreisen ihre Hauptstütze gehabt und haben sie verloren in dem Augenblicke, wo Fürst Bismarck sich drehte; da haben die Herren sich auch gedreht. Wenn Fürst Bismarck nicht mehr maßgebend ist, werden Sie sehen, wie rasch man sich wieder dreht; die Landwirtschaft wird die Initiative ergreifen, um diese Politik überhaupt wieder rückgängig zu machen. (Lachen rechts.) Ja, denken Sie sich den Kanzler aus seiner amtlichen Stellung heraus, wenn Ihre Phantasie so weit geht (Heiterkeit), wie wenig selbständige Meinung steht dann hinter dem, was jetzt unsere Politik ist. Das Erwachen für das politische Treiben landwirtschaftlicher Vereine ist die verdeckte Fälschung für konservative Bestrebungen. Weil der Name „konservativ“ gerade unter den kleineren Landwirthen in vielen Teilen so wenig Anklang findet (Lachen rechts) und die Leute in konservativer Versammlung, es gar nicht kommen, darum sucht man sie einzuladen zu landwirtschaftlichen Versammlungen. (Ala! rechts.) Es beweist diese Benutzung jener Vereine nur die große Schwäche der ganzen konservativen Partei im Lande (Lachen rechts), die zu solchen Mitteln greifen muß, um sich noch mühsam aufrecht zu erhalten. (Beifall links.)

Abg. Richter: Ich möchte Ihnen (rechts) raten, daß Sie sich in dieser Beziehung in bescheidenen Grenzen halten; es stehen Manchesterrichtungen auf allen Seiten des Hauses. War doch selbst Herr von Minnigerode noch 1874 für Aufhebung der Eisenzölle und sprach sich für ein geändertes Freihandelsystem aus; auch der Herr Minister Lucius hat 1870 einen freihändlerischen Aufruf unterzeichnet. Eine gewisse Anstandsfrage ist Ihnen wohl wirklich notwendig. (Heiterkeit.) Gerade die Landwirthe waren die Führer der Freihändler in Deutschland. Ich könnte Ihnen hier Reden vorlesen, die das bekräftigen. Ich habe nicht geglaubt, daß es jemand wagen würde, die Wahlagitation in den genannten Vereinen hier zu verheißigen. Ich richte nun an den Justizminister die Frage, ob er der Meinung ist, daß politische Agitationen und Verhandlungen in landwirtschaftlichen Vereinen zulässig seien.

Justizminister Friedberg: Ich kann und will diese Frage in dieser Allgemeinheit nicht beantworten. Wenn in landwirtschaftlichen Vereinen gegen das Vereinsgesetz verstoßen wird, so bin ich in letzter Instanz berufen, darüber zu entscheiden; in erster Instanz ist dies die Aufgabe der Staatsanwälte. Ich halte es daher für unzulässig, hier eine Meuerung von mir zu provozieren, welche auf die Unabhängigkeit und Objektivität der Beamten Einfluß haben könnte. (Sehr richtig! rechts.)

Minister Lucius: Ich stelle nicht in Abrede, daß ich 1870 einen freihändlerischen Aufruf mit unterschrieben habe. Ich gehöre zu der Generation, die in den Anschauungen des Freihandels aufgewachsen ist, nehme aber keinen Anstand, Theorien über Vord zu werfen, wenn deren Schädlichkeit durch Erfahrung erwiesen wurde. Es war ein Fehler, daß man 1873 den günstigen Fall der Eisenzölle beantragt hat. Dieses aggressive Vorgehen mußte zu einer Reaktion führen. Die Landwirthe sind sich dessen bewußt worden, daß sie bei blühender Eisenindustrie den besten inländischen Absatz für ihre Produkte haben. (Sehr wahr! rechts.) Ich habe stets nur das Wohl des Landes im Auge gehabt. (Beifall rechts.)

Abg. Simon von Zastrow: Die Bezeichnung, daß die Staatsanwälte verführen, wie ihnen passe, muß ich entschieden zurückweisen. Unbegründet steht immer der Weg der Beschwerde an die Oberlandesgerichte offen.

Abg. von Hammerstein: Hat Herr Richter wirklich das Bedürfnis, jemandem eine Anstandsfrage anzurathen, dann möge er sich an seine eigene Adresse wenden. Denken Sie doch an Ihre Kulturkampfreden von 1874 und vergleichen Sie damit Ihre heutige Stellung zu dieser Frage!

Abg. Richter: Unsere Stellung in der Kulturkampfsfrage hat sich nicht verändert. Wir haben nur die Konsequenzen gezogen, ohne die Wandlungen des Fürsten Bismarck mitzumachen. Die Parteilichkeit der Staatsanwälte zeigt sich allerdings darin, daß sie Verleumdungen liberaler Männer gegenüber merkwürdig blind sind. Dagegen sind in diesem Augenblicke eine große Zahl von Staatsanwälten beschäftigt, im öffentlichen Interesse Verleumdungen des Popprebigers Stöcker zu ahnden. Es geht überhaupt jetzt ein Reinigungsprozeß durch die Staatsanwaltschaften; Leute, die nicht politisch richtig genug sind, werden entfernt. Die Staatsanwälte verfahren lediglich politisch tendenziös. Gegen den fortschrittlichen Verein Waldeck in Potsdam schwebt zur Zeit ein Strafverfahren, weil derselbe mit anderen Vereinen korrespondirt haben soll; eine Denunziation gegen den dortigen konservativen Verein auf Grund des Vereinsgesetzes ist bis jetzt erfolglos geblieben. Der Minister Lucius ist im Verthum, wenn er seine Wandlung schon seit 1873 datirt. Noch am 22. November 1875 hat sich der Minister für die Abschaffung aller Schutzzölle ausgesprochen.

Minister Lucius: Ich erinnere mich, damals es als außerordentlich schwierig hervorgehoben zu haben, Finanzzölle von Schutzzöllen zu trennen, und bin-geflügelt zu haben, daß ich es nicht als nachtheilig betrachten könne, wenn ein Finanzzoll zugleich als Schutzzoll dient.

Minister Friedberg: Auf welche Fälle bezieht sich die Aeußerung Richters über den „Reinigungsprozeß“ in der staatsanwaltschaftlichen Hierarchie? Ich werde ihm dann antworten.

Abg. Richter: Der Aeußerung von der Nechten gegenüber, daß die Landwirtschaft früher nur dazu benutzt worden sei, Steuern und Lasten zu tragen, will ich Sie nur fragen: Wer hat denn die neue Grundsteuervertheilung in Preußen geregelt? Die Vender, Hovverbed und Jordenbeck doch nicht, die haben dagegen gestimmt. Sie (rechts) haben gerade dadurch zur Belastung der Landwirtschaft beigetragen. Den Minister Lucius hoffen wir später doch einmal wieder auf unserer Seite zu sehen. Kulturkampfreden habe ich überhaupt nie gehalten. Die Weigerung des Justizministers, mir auf meine Frage zu antworten, hat mich tief geschmerzt. (Großes Gelächter rechts.) Ich glaube von dem Minister eine Auskunft verlangen zu können, nach dem hier im Hause ausgesprochen ist, daß die Vereine sich mit Politik beschäftigen können und sollen.

Minister Friedberg: Ich befinde mich in der auch für mich unerfreulichen Lage, dem Vorredner die verlangte Auskunft auf nicht positiv verweigern zu müssen. Die Frage des Vorredners bezieht sich auf eine Aeußerung, die einer der Herren hier gethan hat, und es ist eine unberechtigte Zumuthung, daraufhin den Chef eines Departements zur Abgabe eines juristischen Verdictes aufzufordern. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es läge sehr nahe, hier an dem Fall v. Vennigsen (Lauenburg) sich das Verhalten der Staatsanwälte klar zu machen. Dem Justizminister erwidere ich: Zu meiner Aeußerung hatte mich die jüngst erfolgte auffallende Zurdickungsstellung zweier ersten Staatsanwälte veranlaßt. Inzwischen ist mir indessen mitgetheilt worden, daß die beiden Fälle eine öffentliche Aufklärung dahin gefunden haben, daß hier durchaus keine politischen Gründe vorliegen. (Ala! rechts.) Ich ziehe daher meine diesbezügliche Aeußerung zurück.

Minister Lucius hat in seiner vorerwähnten Rede im Jahre 1875 ausdrücklich erklärt, er stelle es auf das Entscheidende in Abrede, schütz- zöllnerische Tendenzen zu haben. (Hört! links.)

Minister Friedberg: Trotz der Revokation des Vorredners lege ich darauf Gewicht, dem Hause die näheren Details über die beiden Fälle zu geben. Vor 14 Jahren hatte ein sehr verdienter Ober-

Staatsanwalt das Unglück, von einem Schlaganfall betroffen zu werden. Ich beurlaubte ihn und wollte ihn neuerdings, als er glaubte wiederhergestellt zu sein, seinem Dienste wieder zuführen, als ich Seitens seiner Verwandten die dringendsten Vorstellungen erhielt, dies in seinem eigenen Interesse zu unterlassen, da mit der Wiederaufnahme seiner Berufsgeschäfte wahrscheinlich sein Tod verbunden sein werde. Erst nun schritt ich dazu, ihn zur Disposition zu stellen, indem ich ihn zugleich nach seiner gänzlichen Genesung in ein gleiches Amt einzusetzen versprach. In dem zweiten Falle hatte sich ein junger Staatsanwalt durch Ueberarbeitung eine Störung seiner Geisteskräfte zugezogen. Da die Hoffnung auf Wiedergenesung sich als trügerisch erwies, war ich genöthigt, ihn zur Disposition zu stellen, nicht ohne seiner Ehefrau die gleiche Aussicht wie in dem ersten Falle zu eröffnen. Das sind also die beiden Fälle, die dem großen „Reinigungsprozeß“ zur Unterlage dienen. (Heiterkeit.)

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung einschließlich des Extraordinariums wird ohne Aenderung genehmigt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus ferner die Etats der Generalordenskommission, des geheimen Zivilkabinetts, der Oberrechnungskammer, der Prüfungskommission, des Disziplinarhofes, des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte und der Landesvermessung.

Weitere Beratung am Sonnabend. Auf der Tagesordnung stehen wieder Etats.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. Februar. [Die kirchenpolitische Kommission. Das Pensionsgesetz.] Unter dem Eindruck der gestrigen Sitzung der kirchenpolitischen Kommission, des Scheiterns des Art. 4 über die Modifikation der Anzeigepflicht durch das verneinende Votum der klerikalen Mitglieder und einer Andeutung des Abg. v. Vennigsen, daß er unter Umständen für diesen § 4 stimmen könnte, ist wieder die Konjektur aufgetaucht, daß das Gesetz, wie das vom Juli 1880, schließlich mit einer liberal konservativen Mehrheit, dann aber natürlich nicht mit dem Inhalt des Regierungsentwurfes oder der bis jetzt von der Kommission gefaßten Beschlüsse zu Stande kommen könnte. Es wird das nicht die letzte, durch den wechselvollen Gang der Kommissions-Verhandlungen veranlaßte Kombination bleiben. So weit man über die Ansichten innerhalb der national-liberalen Fraktionen unterrichtet ist, scheint es nicht glaublich, daß sich nochmals so viele Mitglieder derselben, wie 1880, für die Zustimmung zu einem Gesetze finden sollten, aus welchem — dies wäre selbstverständlich die erste Voraussetzung eines liberal-konservativen Kompromisses — zwar der Bischofsparagraph entfernt würde, in dem aber diskretionäre Vollmachten stehen blieben; 1880 theilte sich bekanntlich die damals noch nicht durch die Sezession geschwächte Partei bei der Abstimmung über das Zulagegesetz in zwei gleiche Hälften. Die Versuchung zur Wiederholung dieses Verhaltens kann diesmal schon darum nur äußerst gering sein, weil der werthvollere Inhalt des Zulagegesetzes ohnehin über den 1. Januar d. J. hinaus dauernd in Kraft geblieben ist, während diejenigen diskretionären Befugnisse, welche bis dahin bestanden und allenfalls von einem Theil der Nationalliberalen erneuert werden könnten, ziemlich werthlos, auch für die Regierung, geworden sind. Namentlich in freikonservativen Kreisen hat man aber die Hoffnung noch nicht aufgegeben, statt für eine Vorlage mit dem Bischofsartikel eine konservativ-klerikale, für einen Entwurf ohne diesen Paragraphen eine konservativ-liberale Majorität zusammenzubringen. — Im Herrenhause ist der Kommissionsbericht über die Vorlage, betreffend die Aenderung des preussischen Pensionsgesetzes, erschienen, und es ist von Bedeutung, auf den Punkt hinzuweisen, welcher in der Kommission als ein politisch wichtiger behandelt und schließlich — bei nicht vollzähliger Anwesenheit der Mitglieder — durch Ablehnung des betr. Paragraphen des Regierungsentwurfes bei Stimmengleichheit erledigt wurde. Der Entwurf verbessert die Bedingungen für die Pensionirung der Beamten, namentlich durch Normirung des vierzigsten Dienstjahres als der Grenze, nach deren Ueberschreitung der Beamte Anspruch auf das Maximum der Pension (drei Viertel des Gehalts) hat. Dafür will die Regierung aber von den Formalitäten befreit sein, unter denen es jetzt allein möglich ist, Beamte wegen angeblicher körperlicher oder geistiger Unfähigkeit zur Erfüllung ihrer Amtspflichten auch gegen ihren Willen in den Ruhestand zu versetzen; sobald es sich hierbei um Beamte handelt, welche das vierzigste Dienstjahr erreicht haben, also Anspruch auf das Maximum der Pension besitzen, sollen sie ohne Weiteres in Ruhestand versetzt werden können. Mit vollem Rechte hat dieser Vorschlag in der Kommission des Herrenhauses lebhaften und hartnäckigen Widerspruch erfahren. Nach dem herrschenden Gebrauch werden in den Kommissionsberichten die Namen der für und gegen sich äussernden Mitglieder nicht genannt; betrachtet man aber die Unterschriften des Berichts, welche die Zusammensetzung der Kommission ergeben, so zeigt sich, daß es so wenig im Verstand des Radikalismus stehende Liberale, wie die Herren Camphausen, Beseler, Bredt u. gewesen sein müssen, welche im Interesse der Unabhängigkeit des Beamtenthums gegen den Paragraphen stimmten. Das vierzigste Dienstjahr wird durchschnittlich mit dem 62. Lebensjahr erreicht; die meisten nichtrichterlichen Beamten, welche älter sind, würden also insoweit dem Belieben der Regierung übergeben werden, als sie unter Verlust eines Viertels des Gehalts wider ihren Willen in Ruhestand versetzt werden könnten. Als die offiziöse Presse für die an den Oberpräsidenten v. Horn gerichtete Aufforderung, seinen Abschied zu nehmen, keinen anderen Grund anführen konnte, behauptete sie bekanntlich, er sei zu alt; das ist lehrreich!

## Aus dem Gerichtssaal.

### Sozialistenprozeß.

(Fortsetzung.)

\* Posen, 16. Februar. Der Lehrersohn Stamm bekundete, er habe in dem Hausflur seiner Wohnung Brotschürren in polnischer Sprache gefunden und dieselben der Polizei übergeben. Vor der Vernehmung des nächsten Zeugen Schlossers Dabiewicz beantragt der Rechtsanwalt Zable, die Vernehmung dieses Zeugen

nach der Voruntersuchung derselbe an einer Gruppenbildung theilgenommen habe, daher Mitschuldiger sei. Der Staatsanwalt widerspricht diesem Antrage, da auf Grund der geführten Voruntersuchung festgestellt sei, daß diesem Zeugen der dolus, das Bewußtsein einer strafbaren Handlung, fehle. Der Gerichtshof schloß sich diesem Antrage an, setzte aber die Vernehmung bis nach der Vernehmung aus. Dabiewicz war zunächst sehr schamhaft in seinen Auslassungen, als ihm jedoch der Vorsitzende einige Stellen aus seinen früheren Vernehmungen vorlas, bekundete er: von Goryszewski habe er erfahren, daß Agenten für die Arbeiter hier wären und führte ihn Goryszewski auf den Grünen Platz. Dort waren drei Herren, Mendelsohn, Trufzowski und Janiszewski, welche sich mit ihm über die traurige Lage der Arbeiter unterhielten. Mendelsohn habe ihm vorgezeigt, daß die Arbeiter, wenn sie zusammenhielten, sehr wohl eine Nacht bilden könnten und gab ihm schließlich die Broschüre Kto z czego żyje, die er durchlas und dann an den Schlosser Sokolowski weiter gab. Mendelsohn habe ihm auch gesagt, daß alles geheim bleiben müsse. Von Dabiewicz sei er darauf nach dem Mittagessen Bierlosale auf der Kleinen Gerbersstraße bestellt worden. Trufzowski habe dort erst Rathscl aufgegeben, die er auf ein Stück Papier geschrieben hätte, später habe er gesagt, morgen sei der Namenstag der Sophie und der müsse man gratuliren. Trufzowski habe dann wiederum einen Glühwurm niedergeschrieben und sodann ein Programm vorgelesen, in welchem unter Anderem gesagt war, daß die Mitglieder der Vereinigung alles geheim halten müßten, der Verräther würde sofort aus dem Wege geschafft werden. Es wurden sodann den anwesenden Personen Beinamen gegeben, er erhielt den Namen Dobromil, welchen Beinamen die übrigen erhalten hätten, wisse er nicht. Er war etwas angetrunken und wußte gar nicht, was Trufzowski eigentlich meine, er habe die ganze Sache für einen Scherz aufgefaßt. Trufzowski habe ihn auch ermahnt, ihm einen klügleren Menschen, mit dem er sich aussprechen könne, zuzuführen, dies habe er auch gethan, indem er ihm am nächsten Tage den Schlosser Drobowski zugeführt habe. Trufzowski gefiel zu, um Zuführung eines klugen Menschen den Dabiewicz ersucht zu haben, weil er hier einen Korrespondenten für den Przewodnik engagiren wollte. Rechtsanwalt Zable beantragt, die Vernehmung des Zeugen bis zum Schlusse der Beweisaufnahme auszusetzen, der Gerichtshof beschloß jedoch die Vernehmung, welche auch sofort erfolgte. — Mit großen Schwierigkeiten war die Vernehmung des Drehers Niemojewski verknüpft. Derselbe will keinen der Angeklagten Mendelsohn, Trufzowski und Janiszewski kennen. Auch bei ihm wurde die Vernehmung bis nach seiner Vernehmung ausgesetzt. Nachdem er auf das Eindringlichste zur Aussage der Wahrheit ermahnt und ihm eröffnet worden war, daß er, wenn er etwas Unwahres beides werde, der sofortigen Verhaftung wegen Verdachts des Meineides zu gewärtigen habe, erklärte er, Trufzowski sei ihm auf dem Grünen Platz begegnet, habe sich mit ihm in ein Gespräch eingelassen und dasselbe auf die bevorstehenden Reichstagswahlen gelenkt. Die Interessen der Arbeiter seien im Reichstagslage viel zu wenig vertreten und habe sich daher bereits ein Arbeiterkomitee gebildet, das er für den nächsten Sonntag in's Gijewski'sche Lokal (Sanskjoci) bestellt habe, er solle auch hinkommen. Der Vorgesetzte in diesem Lokale will er sich gar nicht mehr erinnern. Der Vorsitzende konstatierte, daß der Zeuge nicht vernehmungsfähig sei und wurde mit der Vernehmung des Maschinenarbeiters Joseph Plebiewicz begonnen unter vorläufiger Aussetzung der Vernehmung. Er sei mit den Angeklagten Mendelsohn, Trufzowski und Janiszewski im Viktoriapark bei Gelegenheit des Sommerfestes, welches sein Fabrikherr den Arbeitern gegeben habe, zusammengetroffen. Einer dieser Herren habe, als ein Hoch auf den Fabrikherrn ausgebracht wurde, zu ihm geäußert, der Fabrikherr sei nicht der Brotgeber der Arbeiter, sondern ein Brotstrescher, der von dem Verdienste der Arbeiter in Haus und Braus lebe. Der Vorsitzende konstatierte, daß Plebiewicz bei seiner Vernehmung in der Voruntersuchung den Trufzowski als jenen Herrn bezeichnet habe. Jener Herr habe ihm auch eine Broschüre gegeben mit dem Bemerkens, daß er dieselbe weitergeben könne, er habe dieselbe auch den Stellmachern Grynowski und Dupa gegeben. Am folgenden Tage sei er mit Kojubueci am Grünen Platz dem Trufzowski begegnet, es sei der Vorschlag gemacht worden, nach dem Schützenhause zu gehen und habe er den Trufzowski, der den Weg dorthin nicht kannte, dahin geführt. Dort habe er bereits 10 Personen, unter ihnen Mendelsohn und Janiszewski, angetroffen. Trufzowski habe darauf eine Rede über die Verbesserung des Looses der Arbeiter gehalten. Er habe auch von Trufzowski ein Exemplar der Równosc erhalten. Da er bereits ein solches Exemplar erhalten hatte, wollte er es nicht annehmen. Trufzowski habe ihm aber erklärt, er solle es dann weiter geben. Ob die anwesenden Personen im Schützenhause eingeladen waren, wisse er nicht. Er sei sodann von Trufzowski in das Gijewski'sche Lokal bestellt worden. Dort habe die Versammlung an drei Tischen Platz genommen. In seinem Tische waren 10 Personen, unter ihnen Janiszewski. Derselbe habe etwas vorgelesen und sodann den Vorschlag gemacht, daß man eine Gruppe (kółko) mit einem Vorsteher und einem Stellvertreter bilden müsse, es wurde zum Vorsteher der Arbeiter Preuß, zum Stellvertreter der Arbeiter Gijewicz gewählt, Janiszewski äußerte auch, daß Alles geheim gehalten werden müsse, der Verräther würde mit dem Tode bestraft und diese Strafe von dem Sozialistengerichte vollstreckt. Der Gerichtshof beschloß, den Zeugen Plebiewicz nicht zu vernehmen. Der Verteidiger Rechtsanwalt v. Jazdzewski erklärte, daß der Ausdruck „kółko“ mit „Gruppe“ nicht richtig übersezt sei, kółko bedeute eine Vereinigung. Der Dolmetscher erklärte hierauf, daß kółko eigentlich Kreis, Verein bedeute, aber hier mit Gruppe richtig wiedergegeben sei, das Wort Gruppe im gewöhnlichen Sinne heiße grupa. — Nunmehr wurde die Vernehmung des Niemojewski fortgesetzt. Derselbe hat sich in dem Gijewski'schen Lokale an demselben Tische mit Plebiewicz und Janiszewski befunden. Der Zeuge wurde verurteilt. Der Staatsanwalt beantragt, den Zeugen Niemojewski, weil derselbe angetrunken erschienen sei, mit 24 Stunden Haft zu bestrafen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab.

## Telegraphische Nachrichten.

Mrosen, 16. Februar. Ihre R. R. Hoheit die Frau Kronprinzessin traf heute Abend 6 Uhr zu zweitigem Besuch bei der fürstlichen Familie hier ein. Se. Durchlaucht der Fürst empfing die Frau Kronprinzessin auf dem Bahnhof zu Scherfelde und geleitete dieselbe durch die feillich geschmückten Dörfer zur Residenz. Morgen bezieht die fürstliche Familie den Geburtstag der Prinzessin Braut. Am 20. d. wird der Herzog von Albany die Rückreise nach England antreten.

Wien, 15. Februar. [Abgeordnete n h a u s.] Im Laufe der heute fortgesetzten Beratung des Budgets trat der Ministerpräsident Graf Taaffe einigen Aeußerungen der Oppositionsredner entgegen und erklärte, daß die von Seiten der Regierung in Beantwortung der Interpellation wegen der im vergangenen Jahre in Prag vorgekommenen Exzesse abgegebenen Erklärungen sich auf die Urtheile der Gerichte und die Berichte der Behörden gründeten und demnach keine Verhöhnung gemeint seien. Die Regierung suche eine Verständigung und Veröhnung nicht in einer extremen Trennung, sondern in der Vereinigung. Die Linke glaube selbst nicht an ihre Behauptung, daß die gegenwärtige Regierung aus Oesterreich einen slavischen Staat machen wolle, ebensowenig wie die Regierung es für angezeigt halte, daß Oesterreich ein deutscher Staat sei. Denn Oesterreich sei Oesterreich. Es sei der Vereinigungspunkt für alle gleichberechtigten Nationen, deren Rechte



nur insoweit beschränkt würden, als das Zusammenleben hierzu nöthige. Es sei nicht berechtigt, die angeblich herrschende Erbitterung in Böhmen einzig und allein dem gegenwärtigen Regime zur Last zu legen. Diese Erbitterung sei vielmehr das Resultat von Vielem, was früher geschehen und nicht geschehen sei. Man habe gesagt, daß die Mitglieder der Finen als Deutsche und Oesterreicher das Budget ablehnen müßten. Er gehe zu, daß sie dies vielleicht eintig und allein als Deutsche thun könnten, aber keineswegs als Oesterreicher. Graf Taaffe bestreitet, daß die Regierung von der Majorität oder von Theilen derselben gemartert werde. Ihm sei hiervon nichts bekannt. Schließlich tritt der Redner auf das Entschiedenste der Behauptung entgegen, daß er sich hinter der Krone verstecke. Im Gegentheil stelle er sich, wenn es notwendig sei, vor die Krone, um ihre Rechte zu jeder Zeit gegen Jedermann bis zu seinem letzten Blutstropfen zu schützen und zu verteidigen. Der Finanzminister erklärte in Beantwortung der von Seiten oppositioneller Redner gemachten Vorwürfe, daß das Hauptziel der Regierung die Beseitigung des Defizits sei. Der Weg der indirekten Besteuerung sei hierzu viel praktischer als der der direkten Besteuerung, an deren Reform schon wegen der Schwierigkeiten derselben seit 1861 gearbeitet werde. Auf das Schlagwort: „Petroleum und Schulden“ antwortete der Minister, er habe von seinen Vorgängern Schulden ohne Petroleumoll übernommen. Ein tatsächlicher Erfolg liege bei der Majorität, welche in kurzer Zeit durch die Annahme von Gesetzen eine Erhöhung der Staatseinnahmen geschaffen habe. Dem Vorwurfe wegen der der Boden-Kredit-Anstalt ertheilten Genehmigung betreffend ihre Prämienanleihen an Gemeinden gegenüber vermieß der Minister auf die von dem ehemaligen Minister Laffer genehmigten Statuten der Boden-Kredit-Anstalt, nach welchen dieselbe zur Ausgabe von Prämien-Wandbriefen berechtigt sei. Bezüglich der Ländersbank führte der Minister die staatsfinanziellen und staatspolitischen Gründe des abgeschlossenen Uebereinkommens an und erklärte, daß seiner Zeit, nachdem er die Motive auseinandergelegt hatte, weshalb er sich nicht über die betreffende Offerte entschieden habe, ein Abgeordneter in einem Nebenraum des Hauses zu ihm gekommen sei, um ihm mehr anzubieten. Der Minister beklagte sodann die fortwährenden Kämpfe mit verletzenden Aeußerungen, durch welche eine Verständigung unmöglich gemacht werde. Guten Willen müsse man selbst auch betheiligen und nicht bloß von der anderen Seite verlangen. Die Regierung werde nur eine verfassungsmäßige sein und könne ihre Pflichten nur mit der Unterstützung beider Häuser durchführen. Sie werde trotz der heftigen und ungerechten Opposition ihre Einsicht räumen. Nicht als Minister, sondern als Abgeordneter rathe er, den Standpunkt höherer Interessen einzunehmen und lieber Gesetze zur Verbesserung der sozialen Frage zu schaffen, um die Zivilisation zu retten.

**Wien, 16. Februar.** Im Abgeordnetenhaus wurde heute der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung von Ausnahmegerichten in Dalmatien eingebracht. Hierauf wurde die Budget-Debatte fortgesetzt und nachdem in der Generaldiskussion Dr. Herbst gegen das Budget, Kieger für dasselbe gesprochen hatten, das Eingehen in die Spezialdebatte mit großer Majorität beschlossen. — Nach einer Mittheilung der „Polit. Korresp.“ hat die Konferenz a quarte heute Nachmittag unter dem Vorstehe des Sektionschefs v. Rallay ihre Thätigkeit wieder aufgenommen.

**Paris, 16. Februar.** Deputirtenkammer. Der Deputirte de la Joffe wünscht die Regierung zu interpelliren über die Politik Frankreichs im Orient, namentlich in Bezug auf Ägypten, die Verhandlung darüber wird auf die nächste Sitzung verlag. Vom Justizminister wird der Gesetzentwurf über die Reform des Gerichtswesens eingebracht. Für die in Wien stattfindende internationale Ausstellung von Werken der schönen Künste wurde ein Kredit von 100,000 Frs. bewilligt. Die Vorlage über den Bau der Eisenbahn von Soufataras bis an die tunesische Grenze wurde genehmigt. Die nächste Sitzung wurde auf kommenden Donnerstag anberaumt. In derselben beabsichtigt die äußerste Linke auch wegen der Ausweisung Lavroff's eine Anfrage an das Kabinet zu richten und namentlich Auskunft darüber zu verlangen, warum das Kabinet das Gesetz vom Jahre 1849 gegen Lavroff zur Anwendung gebracht habe, während es doch beschlossen habe, eine Modifikation dieses Gesetzes eintreten zu lassen. — Gambetta ist von seiner Reise nach Nizza hierher zurückgekehrt.

**Paris, 16. Februar.** Die Ernennung des Admirals Jaurès zum Vizepräsident in Petersburg wird nunmehr als gewiß angesehen.

**Toulon, 16. Februar.** Im hiesigen Hafen wurden gestern Versuche mit der neuen Revolverkanone, Goldschmidt's System, angestellt, welche die Lösung der Frage, betreffend den Schutz von Kriegsschiffen gegen Torpedoboote, zum Zweck hatten. Die Versuche sind befriedigend ausgefallen, indem es sich bei einem Scheingefecht zwischen einem Torpedoboot und einem mit der Revolverkanone versehenen Kriegsschiffe als absolut unmöglich erwies, mit dem Torpedoboot nahe genug an das Kriegsschiff zu kommen, um mit Erfolg angreifen zu können.

**London, 16. Febr.** Die Königin ist heute von Windsor hierher zurückgekehrt. Auf der Fahrt vom Bahnhof nach dem Buckingham-Palast ging das Pferd eines der begleitenden Stallmeister durch und warf den Reiter dicht neben dem Fenster des königlichen Wagens zur Erde.

**Petersburg, 16. Februar.** Nach dem heute veröffentlichten Bulletin ist in dem Befinden der Großfürstin Maria Paulowna eine bedeutende Besserung eingetreten.

**Petersburg, 16. Februar.** Wie die „Neue Zeit“ meldet, ist der wegen der Taganroger Zollaffaire verhaftete Großhändler Baliano nach Stellung einer Kaution im Betrage von 1 Million Rubel auf freien Fuß gesetzt worden. Ein Zeuge, welcher in derselben Affaire vorgeladen war, ist plötzlich gestorben, auf einen anderen wurde geschossen.

**Berlin, 17. Febr.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist von kompetenter Seite ermächtigt, das Gerücht, der beim Polizei-Direktorium in Posen kommissarisch beschäftigte Landrath v. Bennigsen-Förder sei als Nachfolger des dortigen Polizeipräsidenten Staudy in Aussicht genommen, als der tatsächlichen Begründung absolut entbehrend zu erklären.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Wetterbericht vom 16. Februar, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. O. Gr. nach Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. (Stad.)
Dallaghmore	767	W	6 Regen	9
Merbein	756	SW	4 heiter	8
Christiansund	750	WNW	7 wolfig	-4
Rosenhagen	759	W	8 bedeckt	1
Stockholm	745	W	8 wolkenlos	-6
Saparanda	729	SW	2 halb bedeckt	-14
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	748	S	2 Schnee	-1
Corf, Duca	773	W	3 halb bedeckt	9
Brest	776	SW	3 heiter	8
Heider	769	SW	1 wolfig	2
Solt	765	WNW	4 heiter	2
Hamburg	767	W	5 wolkenlos	2
Swinemünde	762	WNW	5 halb bedeckt	1
Neufahrwasser	755	WNW	7 halb bedeckt	-0
Memel	746	WNW	9 Schnee	-2
Paris	775	W	1 wolkenlos	0
Münster	775	WSW	3 wolfig	0
Karlsruhe	773	SW	3 bedeckt	2
Wiesbaden	772	WNW	3 heiter	2
München	770	W	3 bedeckt	0
Leipzig	770	W	3 wolkenlos	-1
Berlin	766	WNW	3 wolkenlos	-0
Wien	765	W	4 bedeckt	8
Breslau	765	WNW	5 heiter	-0
Neu-York	776	R	3 wolkenlos	4
Wien	774	ONO	7 halb bedeckt	7
Triest	766	SW	bedeckt	9

1) Abends Sturm. 2) Seegang mäßig. 3) Seegang mäßig. 4) Gekörn Regen, Nachtfrost. 5) Nachts stürmisch. 6) Nachmittags, Nachts Regen, Schnee. 7) Nachts Schnee. 8) Nachmittags, Nachts Regen. 9) Nachts Regen. 10) Nachts Regen.

Stark für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstzone von Island bis Dänemark, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung. Das gestern erwähnte Depressionsgebiet über Nord-Europa ist ostwärts nach Finnland fortgeschritten, an unserer Küste stürmische recht-drehende Winde verursachend, während gleichzeitig von Südwest-Europa ein ziemlich intensives Maximum sich nach Zentral-Europa, wo nördlich von den Alpen das Barometer äußerst reich geiegen ist, verschiebt. Im südlichen Ostseegebiete wehen vielfach stürmische nordwestliche Winde; Memel und Königsberg melden Nordweststurm. Im übrigen Deutschland ist das Wetter ruhig, vielfach heiter und allenthalben kälter; in Ost- und Zentral-Deutschland ist wieder leichter Frost eingetreten. Im nordwestlichen Deutschland fielen erhebliche Regengängen, in Wilhelmshaven 26 Mm.

Deutsche Seewarte.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Februar Morgens 0,30 Meter.
„ „ 16. „ Mittags 0,94 „
„ „ 17. „ Morgens 0,92 „

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M., 16. Februar.** (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,49. Pariser do. 81,17. Wiener do. 171,12. R.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 99½. R.-M.-Br.-Anth. 128. Reichsbank 101½. Reichsbank 149½. Darmst. 155½. Meiningen B. 88½. Dett.-ung. B. 696 00. Kreditaktien 266½. Silberrente 64½. Papierrente 53½. Goldrente 76½. Ung. Goldrente 73½. 1860er Loose 119½. 1864er Loose 329,20. Ung. Staatsl. 225,00. do. Ostb.-Obl. I. 92½. Böhm. Westbahn 255½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 176½. Galizier 250½. Franzosen 259½. Lombarden 109. Italiener 86½. 1877er Ruffen 87½. 1880er Ruffen 71½. II. Orientanl. 57½. Centr.-Pacific 111½. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57½. Wiener Bankverein 97½. ungarische Papierrente —. Buschtiebrader —. Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 266½, Franzosen 259½, Galizier 250½, Lombarden 108½, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, öherr. Goldrente —.

**Frankfurt a. M., 16. Februar.** Effekten-Sozietät. Kreditaktien 263½, Franzosen 257½, Lombarden 107, Galizier 249½, öherr. reichliche Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, öherr. Silberrente 64½, Papierrente —, II. Orientanl. —, ungar. Papierrente —, 1880er Ruffen —. Darmstädter Bank —, 4 pCt. Ung. Goldrente —. Wiener Bankverein —. Diskonto-Kommandit —, 1860er Loose 119½. Markt auf Wien.

**Wien, 16. Februar.** (Schluß-Course.) Durchweg sehr fest auf günstige Auslandsberichte. Kreditaktien und Renten mehr begehrt. Papierrente 74,50. Silberrente 75,80. Dörrer. Goldrente 92,40. Ungarische Goldrente 118,00. 1854er Loose 118,50. 1860er Loose 128,00. 1864er Loose 172,70. Kreditloose 175,00. Ungar. Prämienl. 114,00. Kreditaktien 302,75. Franzosen 300,75. Lombarden 127,00. Galizier 293,50. Reichs-Oberb. 140,00. Parubühler 145,00. Nordwestbahn 204,50. Elisabethbahn 206,50. Nordbahn 244,50. Oesterreich-ungar. Bank —. Tür. Loose —. Unionbank 117,00. Anglo-Austr. 118,50. Wiener Bankverein 109,75. Ungar. Kredit 296,25. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 120 10. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 98,75. Napoleons 9,75. Dukaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,21½. Zemburg-Gernowits —. Kronpr.-Rudolf 162,20. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —.

4 Prozent. ungar. Bodenkredit-Wandbriefe —, Elbthal 210,50, ungarische Papierrente 85,75, ungar. Goldrente 85,70, Buschtiebrader B. —. Ung. Präm. —. Eskompte —.

**Wien, 16. Februar.** (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 292,00. öherr. Kreditaktien 299,00. Franzosen 300,00. Lombarden 126,75. Galizier 290,50. Anglo-Austr. —. öst. Papierrente 74,30. do. Goldrente 92,10. Marknoten 58,55. Napoleons 9,52. Bankverein 109,00. Elbthal 209,00. ungar. Papierrente 85,50. 4 Prozent. ungar. Goldrente 85,35. 6 Prozent. ungar. Goldrente —, Nordwestbahn 203,25. Markt.

**Paris, 15. Januar.** Boulevard-Berkehr. 3 Proz. Rente 82,30. Anleihe von 1872 114,35. Italiener —, öherr. Goldrente —, Türken 11,25. Lärtenloose —, Spanier inter. —, do. extér. 25½. ungar. Goldrente —, Ägypter 326,00. 3 Proz. Rente —, 1877er Ruffen —, Franzosen —, Lombarden —. Fest.

**Paris, 16. Februar.** (Schluß-Course.) Fest. 3 Proz. amortis. Rente 82,35. 3 Proz. Rente 82,52½. Anleihe de 1872 114,72½. Italien. 5 Proz. Rente 85,70. Dörrer. Goldrente —, 6 pr. ungar. Goldrente —, 4 pr. ungar. Goldrente 73½, 5 pr. ungar. Ruffen de 1877 —, Franzosen 642,50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 276,25. Lomb. Prioritäten 271,00. Türken de 1865 11,60. Türkenloose 50,00. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier —, Spanier extér. 26½, do. inter. —, Suez-

kanal-Aktien 2185. Banque ottomane 700. Union gen. —, Credit-foncier 1485,00. Ägypter 327,00. Banque de Paris 1085,00. Banque d'escompte 605,00. Banque hypothécaire —, Londoner Wechsel 25,22½. 5 Proz. Rumänische Anleihe —.

Banque de Lyon u. de la Loire 560,00. Die Mobilisliquidation hat ergeben, daß die hiesige Börse stark entlastet ist, die Kapitalien der Reporteure fanden keine genügende Verwendung. Die gestern in Ankäufen bemerkbar gewordene Bewegung dauerte heute fort. Die Geschäfte gingen leichter von Statten.

**London, 16. Februar.** Consols 100½. Italien. 5 Proz. Rente 84½. Lombard. 104½. 3 Proz. Lombarden alte —, 3 Proz. do. neue 104½, 5 Proz. Ruffen de 1871 85½, 5 Proz. Ruffen de 1872 85, 5 Proz. Ruffen de 1873 84½, 5 Proz. Türken de 1865 11½, 3 Proz. fundirte Amerikaner 108½, Dörrer. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente 72, Dörrer. Goldrente —, Spanier 26½, Ägypter 64½, 4 pr. preuß. Consols —, 4 pr. bar. Anleihe —. Rubig.

Platzdiscont 5½ pCt. Silber —. In die Bank flossen heute 7000 Pfd. Sterl. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,74. Wien 12,15. Paris 25,60. Petersburg 23½.

**Florenz, 15. Februar.** 5 pCt. Italien. Rente 89,92. Gold 21,14. **Petersburg, 16. Februar.** Wechsel auf London 24½, II. Orientanleihe 90½. III. Orientanleihe 90½.

**New-York, 15. Februar.** (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94½, Wechsel auf London 4,84. Wechsel auf Paris 5,17½, 3 pr. fundirte Anleihe 102½, 4 pr. fundirte fundirte Anleihe von 1877 117½, Erie-Bahn 38½, Central-Pacific 113½, New-York Centralbahn 130, Chicago-Eisenbahn 141½. Cable Transfers 4,90½.

Geld fest, für Regierungssicherheiten 2 Prozent, für andere Sicherheiten 6 bis 3 Prozent und ½ pr. diem, zum Schluß leicht 3 Proz.

## Produkten-Kurse.

**Bremen, 16. Februar.** Petroleum. (Schlußbericht.) Rubig. Standard white loco 7,55 bez. pr. März 7,55 a 7,60 bez. pr. April 7,70 Br., pr. Mai 7,80 Br., pr. August-Dezember 8,45 Br.

**Hamburg, 16. Februar.** Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco und auf Termine rubig. Weizen per April-Mai 223,00 Br., 222,00 Gd., pr. Mai-Juni 223,00 Br., 222,00 Gd. Roggen per April-Mai 163,00 Br., 162,00 Gd., pr. Mai-Juni 160,00 Br., 159,00 Gd. Hafer und Gerste rubig. Rüböl rubig, loco 57,00, pr. Mai 57,00. — Spiritus still, pr. Februar 40½ Br., pr. März-April 40 Br., pr. April-Mai 40 Br., pr. Mai-Juni 40 Br. — Raffee sehr fest, Umiaz 5000 Sack. — Petroleum beh., Standard white loco 7,80 Br., 7,70 Gd., pr. Febr. 7,70 Gd., pr. August-Dezember 8,45 Gd. — Wetter: Wolfig.

**Böln, 16. Februar.** (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 23,50, pr. März 22,70, pr. Mai 22,55, pr. Juli 22,15, Roggen loco 20,00, pr. März 16,90, pr. Mai 16,75, pr. Juli 16,40, Hafer loco 16,50. Rüböl loco 30,20, pr. Mai 29,20, pr. Oktober 29,30.

**Wien, 16. Februar.** (Getreidemarkt.) Weizen pr. Frühjahr 12,30 G., 12,35 Br. Hafer pr. Frühjahr 8,35 Gd., 8,40 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,60 Gd., 7,65 Br.

**Pest, 16. Februar.** Produktenmarkt. Weizen loco unveränd., auf Termine lustlos, pr. Frühjahr 12,10 Gd., 12,12 Br., pr. Herbst 11,22 Gd., 11,15 Br. — Hafer pr. Frühjahr 8,33 Gd., 8,35 Br. — Mais pr. Mai-Juni 7,30 Gd., 7,32 Br. — Rohkaps pr. August-September —. Wetter: Windig.

**Paris, 16. Februar.** Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend, pr. Februar 30,00, pr. März 30,00, pr. März-Juni 30,00, pr. Mai-August 29,40. — Roggen ruh., pr. Februar 20,25, pr. Mai-August 19,75. — Mehl 9 Marques weich., pr. Februar 63,10, pr. März 62,60, pr. März-Juni 62,60, pr. Mai-August 62,40. — Rüböl rub., pr. Februar 70,75, pr. März 71,25, pr. Mai-August 72,75, pr. Sept.-Dezember 74,00. — Spiritus fest, pr. Febr. 56,75, pr. März 57,50, Mai-Juni —, pr. Mai-August 60,50. — Wetter: Schön.

**Paris, 16. Februar.** Rohzucker 88° loco rubig, 57,75 a 57,00. Weißer Zucker rubig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Febr. 65,00, pr. März 65,50, pr. März-April 65,75, pr. Mai-August 67,00.

**London, 16. Februar.** Havannazucker Nr. 12 24. Fest. **London, 16. Februar.** An der Küste angeboten 12 Weizenladungen. — Wetter: Nachtfrost.

**Glasgow, 16. Februar.** Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 49 sh. 5 d.

**Bradford, 16. Februar.** Wolle stetiger, wollene Garne stetig, wollene Stoffe unverändert.

**Amsterdam, 16. Januar.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. März 316, pr. Mai —. Roggen pr. März 194, pr. Mai 192.

**Amsterdam, 16. Februar.** Bancajinn 67. **Leitp, 15. Februar.** (Getreidemarkt.) Markt sehr matt, Weizen ungefähr 2 sh. niedriger, Gerste kaum veräußlich.

**Antwerpen, 16. Februar.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Tyoe weiß, loco 18½ bez. und Br., pr. März 18½ Br., pr. April 18½ Br., pr. Sept.-Dez. 20½ Br. Fest.

**Antwerpen, 16. Februar.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen flau. Hafer weichend. Gerste rubig.

**Liverpool, 16. Februar.** Baumwoll. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12000 Ballen. Stetig. Tagesimport 15,000 Ballen, davon 10,000 B. amerikanische.

**Liverpool, 16. Februar.** Baumwoll. (Schlußbericht.) Umsatz 15000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ungefähr 1½ höher. Middel. amerikanische März-April-Lieferung 6½, April-Mai-Lieferung 6½, Mai-Juni-Lieferung 6½, Juni-Juli-Lieferung 6½ d.

**New-York, 15. Februar.** Waarenbericht. Baumwolle in New-York 11½, do. in New-Orleans 11½, Petroleum in New-York 7½ G., do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificates — D. 86 C. Mehl 5 D. 00 C. Roher Winterweizen loco 1 D. 33 C. do. pr. laufenden Monat 1 D. 32½ C., do. pr. März 1 D. 33½ C., do. pr. April 1 D. 35½ C., Mais (old mixed) 67 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7. Raffee (Rio-) 9½. Schmalz Marke (Wilcox) 11, do. Fairbanks 11, do. Rohe u. Brothers 11, Sved (short clear) 9½ C. Getreidefracht 4½.

**Breslau, 16. Februar.** (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Riesejaat rothe, behauptet, alt ordinär 20—25, mittel 26—30, fein 31—36, hochfein 37—40 Markt, neu ordinär 35—38, mittel 39—44, fein 45—48, hochfein 50—55 Markt, weiße rubig. ordinär 30—36, mittel 38—48, fein 50—60, hochfein 62—75 Markt. — Roggen: (per 2000 Pfd.) wenig verändert. Gef. — Str. Abgelaufene Ründigungs-Scheine —, pr. Februar 160 Br., pr. Februar-März 160 Br., pr. März-April 161 Br., pr. April-Mai 162,50 bez. Gd., pr. Mai-Juni 163,50 bez., pr. Juni-Juli 163,50 bez., pr. September-Oktober 161 Brief. — Weizen: Weidmündig — Str., pr. Februar 212 Br. Hafer: Gef. — Str., pr. Februar 140 Br., pr. April-Mai 139 Br., pr. Mai-Juni 141 Br., pr. Juni-Juli 143 Br. — Raps: Gef. — Str., pr. Februar 268 Br., 266 Gd. — Rüböl geschäftlos. Gef. — Str. loco 57,50 Brief, pr. Februar 56 Brief, pr. Februar-März 56 Brief, pr. April-Mai 56 Brief, pr. Mai-Juni 56,25 Brief. — Spiritus geschäftlos. Gef. 10,000 Liter. Abgelaufene Ründigungs-Scheine —, pr. Februar 46,20 Gd., pr. Februar-März 46,20 Gd., pr. März-April 47 Gd., pr. April-Mai 48 Gd., pr. Mai-Juni 48,30 Gd., pr. Juni-Juli 49 Br., pr. Juli-August 49,60 Br., pr. August-September 50 Br.

Zink ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Die auf heute Nachmittags 3 Uhr anberaumte Auktion von 70 Ztr. Serabella wird auf heute Nachmittag 4 Uhr verlegt.

Manheimer, fgl. Aukt.-Kommissar.



**Berlin**, 16. Februar. Was dem gestrigen Verkehre fehlte, die Reinigungsaufe, trat an heutiger Börse schon in ziemlich umfangreichem Maße ein und gab dem Geschäft einen ausgeprägt festen Charakter. — Der Umfang der geschäftlichen Thätigkeit erweiterte sich auf allen Gebieten in erfreulicher Weise und demgemäß erfuhr auch der allgemeine Kursstand vielfache Erhöhungen. Die zuverlässliche Stimmung gewinnt in immer weiteren Kreisen Boden und überdies sprechen auch innere Gründe noch für die Annahme, daß vor dem Ultimo noch eine ausgiebigere Hausseströmung zum Durchbruch kommen werde. Die unumgängliche Voraussetzung hierbei ist natürlich, daß in der Politik noch keine feine das Vertrauen erschütternden Vorgänge eintreten.

Berlin den 16. Februar 1882

Conte.

---

Stettin, 16. Februar. [An der Börse.] Wetter: Leicht bewölkt. + 2 Gr. R. Barometer 28. Nachts kürmisch und leichter Frost, Morgens Schneetreiben. Wind: Nordwest.  
Weizen mairer, per 1000 Rthl 105 gelber inländischer 210 bis 222 <sup>1/2</sup> Warf, geringer 185—200 <sup>1/2</sup> Warf bez., weißer 212 bis 224

**Bank- u. Credit-Wertien. | Eisenbahn-Stamm-Wertien.**

hische Flaut	14	112.50	0
--------------	----	--------	---

1890

Industrie - Wissen.

Druck und Verlag von:

...SMP Flight 14 1 51.00 6:

Downloaded from ascelibrary.org by University of California, San Diego on 06/01/15. Copyright ASCE, For All Rights Reserved, No part of this document may be reproduced, stored in a retrieval system, or transmitted, in any form or by any means, electronic, mechanical, photocopying, recording, or by any information storage or retrieval system, without permission in writing from ASCE.

എന്നുവന്നു. അപ്പോൾ അദ്ദേഹം തന്റെ

CHARTERED BY THE GOVERNMENT OF THE DISTRICT OF COLUMBIA

## Erweiterung des Offizes

Dachter & Co. (K. Möffel) in Moser

(Office Btg.)

Unter-Damm	4	100,00	5	Oberdies. v. 1873	4
------------	---	--------	---	-------------------	---

Wiederhol. d. Kart. 4

17 41

DD.	DD.	11	46
		XII	4

DO. DO. Vol. 41 103,75 b3C

## Halle-Sprau-Sieben 41

1890

50. v. 1874 41

1950

[illegible]

1975 21200 ©

55.	55.	1875	6
56.	56.	1876	9

\_\_\_\_\_